

Betreff Schaffung von Planstellen beim Gesundheitsamt

Dezernat/e IV

Bericht zum Beschluss

Nr. vom

Erforderliche Stellungnahmen

- Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung
- Kämmerei
- Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte nach HGIG
- Frauenbeauftragte nach HGO
- Sonstiges

- Rechtsamt
- Umweltamt: Umweltprüfung
- Straßenverkehrsbehörde

Beratungsfolge

- Kommission
- Ausländerbeirat
- Kulturbeirat
- Ortsbeirat
- Seniorenbeirat

(wird von Amt 16 ausgefüllt) **DL-Nr.**

- nicht erforderlich erforderlich

Magistrat Eingangsstempel
Büro d. Magistrats

Tagesordnung A Tagesordnung B

Umdruck nur für Magistratsmitglieder

Stadtverordnetenversammlung

nicht erforderlich erforderlich

öffentlich nicht öffentlich

wird im Internet / PIWi veröffentlicht

Anlagen öffentlich

Anlage 1
Übersicht der zu schaffenden Vollzeitplanstellen

Anlagen nichtöffentlich

B Kurzbeschreibung des Vorhabens (verpflichtend)

(Die Inhalte dieses Feldes werden [außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen] im Internet/Intranet veröffentlicht. Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Ergänzende Erläuterungen, soweit erforderlich, siehe D. Begründung, Pkt. II)

Bund und Länder haben in der Corona-Krise festgestellt, dass der öffentliche Gesundheitsdienst personell aufgestockt, modernisiert und digitalisiert werden muss. Vor diesem Hintergrund haben sich die Gesundheitsministerinnen- und Minister der Länder auf einen Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst geeinigt.

Der Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst hat das Ziel, den Öffentlichen Gesundheitsdienst in seiner ganzen Aufgabenvielfalt zu stärken und zu modernisieren. Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0349 vom 14. Juli 2022 wurden die Voraussetzungen geschaffen, das Gesundheitsamt der Landeshauptstadt Wiesbaden personell so auszustatten, dass es als moderner Gesundheitsdienstleister für die Wiesbadener Bevölkerung zur Verfügung steht und besser auf künftige Pandemien und Notlagen vorbereitet ist.

C Beschlussvorschlag

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
 - 1.1 die im Rahmen des Paktes ÖGD 2022 bis 2026 mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0349 vom 14. Juli 2022 überplanmäßige Stellenbesetzungen im Umfang von 29,5 VZÄ stufenweise zum Stellenplan anzumelden sind.
 - 1.2 die Fördermittel für das Jahr 2022 bereits durch Antrag abgerufen wurden und die Fördermittel für das Jahr 2023 bereits beantragt sind.
2. Es wird beschlossen, dass
 - 2.1 zum Stellenplan 2024/2025 die bereits bestehenden 14 überplanmäßigen Beschäftigungsverhältnisse sowie 5 Vollzeitplanstellen geschaffen werden. Die Organisationseinheiten und die mit Amt 15 abgestimmten Stellenwerte sind der Anlage 1 zur Sitzungsvorlage zu entnehmen.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

II. Ergänzende Erläuterungen

(Demografische Entwicklung, Umsetzung Barrierefreiheit, Klimaschutz/Klima-Anpassung, etc.)

III. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen)

Bestätigung der Dezernent*innen

Wiesbaden, den

8.9.2023

M. Löbcke

Löbcke
 Stadträtin

Referent(en)	53 AL	Abteilungsleitung	Abteilung
M. Gracien 175	M. Gracien 319	M. Benecke 819	M. Mais 219
Dez. IV	Gracien	Benecke	Mais